

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

50. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 27. Januar 1912.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Begegnungsinserate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 11.

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Vor zwanzig Jahren (2. Fortsetzung).
Volksbewusstheit: Die Bedeutung der Sozialpolitik für die Arbeiterbewegung und ihre Organisationen.
Korrespondenzen: Annaberg-Buchholz. — Bad Dürkheim. — Berlin. — Borna. — Glauchau. — Grandenz. — Habersleben. — Jena (M. M.). — Rietz. — Leipzig (M. S.). — Mainz (M. S.). — Mühlhausen. — Pöhlitz. — Rastatt. — Reichenbach-Rangena. — Reichenbach. — Sagan. — Schneeberg i. Erzgeb. — Sinsgau. — Verbitz. — Widaun i. S. — Verlichtigung: H. Försthold in Lichtenhain-Jena.
Kundschau: Der revidierte Deutsche Buchdrucktarif. — Ferienbewilligungen im Jahre 1911. — Urneforpsdruckereien. — Gesetzlich berechnete Verweigerung von Streikarbeit. — Vom Druck der sozialen Lasten für die Unternehmer. — Strafrechtsreform und Sozialpolitik. — Stempelpflicht der Fortbildungszugnisse.

Vor zwanzig Jahren.

(Fortsetzung.)

Die vordreißigjährige Periode der Lokaltarife hat uns also gezeigt, daß diese eine fortgesetzte Kette von Unzuträglichkeiten bildeten, und zwar dermaßen, daß das Verbandsorgan bei der Tarifbewegung im Jahre 1886 nochmals glaubte auf die in den lokalen Tarifen liegende Benachteiligung der Gehilfeninteressen hinweisen zu müssen. Zum andern aber ersehen wir, daß für die Verkürzung der Arbeitszeit der Zeitabschnitt bis 1872 keine besondere Bedeutung hatte. Die Alphabettberechnung war das Ziel der Gehilfenwünsche und -absichten damaliger Zeit.

Gewiß stellte der 1878 bei der Schaffung des wirklichen ersten allgemeinen Tarifs erreichte Zehnstundentag (9 1/2 Stunden effektiv) einen Erfolg dar. Im Grunde genommen wurde aber damit nur tariflich festgelegt, was in der Mehrzahl der größeren Druckorte recht oder schlecht eingeführt war. Daß die Tarifreduktionen von 1876 und 1878 neben andern Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse auch die zehnstündige Arbeitszeit nicht unberührt ließen, namentlich in der Provinz, läßt sich denken.

Die Tarifbewegung von 1886 ließ die Frage der Arbeitszeitverkürzung zu größerer Geltung kommen. Leipzig war in diesem Falle tonangebend. Die Ansichten gingen jedoch auseinander. Es fanden sich Befürworter einer Verringerung um eine ganze Stunde; andre nahmen wieder eine reservierte Haltung zu dieser Programmforderung ein, für sie war die Magenfrage vorberhand von mehr Wichtigkeit. Der überwiegende Teil der Kollegen plädierte jedoch für eine halbstündige Verkürzung. Diese Forderung wurde gehilfenseitig denn auch offiziell gestellt und vertreten. Die Prinzipale aber waren dafür nicht zu haben, und so wurde denn aus diesem Punkte nichts. Dagegen konnte eine Lohn-erhöhung um 6 2/3 Proz. erzielt werden und die schon 1848 als Notwendigkeit betrachtete Regelung des Lehrlingswesens in Erfüllung gehen, indem der feinerzeitigen Lehrlingskala nun eine wirkliche folgte.

Bis zur Tarifrevision von 1889 war aber die Arbeitszeitverkürzung die allgemeine Parole geworden. Im ersten Artikel wurde bereits gesagt, welche Bedeutung damals dieser Frage von der Arbeiter-schaft beigemessen wurde. Daß die tatsächlichen Verhältnisse hier einem größeren Schritte nach vorwärts ganz erhebliche Hindernisse entgegenstellten, da in den meisten Industrien und Gewerben es mit der Arbeitszeit schlecht, überwiegend sogar erheblich schlechter bestellt war als bei den Buchdruckern, kummerte weder die Arbeiterschaft noch auch unsre Kollegen groß. Die an sich sehr berechnete Forderung nach einer Kürzung des Arbeitstags war förmlich zu einem Schlagworte

geworden. Auch die Arbeitermasse hat ihre Modestinstinkte. Deshalb war es auch nicht zu verwundern, daß wir Buchdrucker 1889 mit dieser Forderung ganz gehörig in die Wollen gingen. Die Münchner Kollegen gingen so weit, eine Verkürzung — wörtlich — „von zehn auf acht Stunden“ zu beantragen; in Wirklichkeit war damit aber wohl eine Herabsetzung von effektiv 9 1/2 auf 8 1/2 Stunden gemeint. Leipzig forderte eine Verkürzung „um wenigstens eine Stunde“, während Berlin die 9 1/2 stündige Arbeitszeit mit je einer halbstündigen Pause vor- und nachmittags verlangte. Effektiv 8 1/2 Stunden zu arbeiten, war als das allgemeine Ziel der Wünsche anzusehen. Die Prinzipalität verhielt sich wiederum in dieser Frage strikt ablehnend, und es blieb auch beim alten trotz aller Argumente, die die Gehilfen ins Feld führten. Die materiellen Zugeständnisse bestanden trotzdem nur in einer Erhöhung der Lokalaufschläge für 37 Orte um 2 1/2—5 Proz. sowie in einer höheren Bemessung der Überstundenaufschläge.

Nicht ohne Interesse und auch zum Nachdenken recht geeignet ist ein Punkt, dem man in der Geschichte der Buchdrucker, wo sich wie sonst im Leben so vieles wiederholt, nur einmal begegnet, nämlich dem Drängen der Gehilfen auf Abschaffung des Berechnens. Die Tarifrevision von 1889 sah dahingehende Anträge der Kollegen von Leipzig, Dresden, München, Hamburg. Tatsache ist, daß der größere Teil der Verbandsmitglieder stark sympathisierte mit dieser Forderung. Die Prinzipale waren aber nicht dafür zu haben. Was heute noch voll befriedigen würde, wenn sie mit der Zeit dann nicht selbst dazu übergegangen wären, diesen Entlohnungsmodus zu beseitigen. Als die Gehilfen sahen (und jetzt noch merken — siehe Berliner Versammlungsbericht in dieser Nummer), daß die an die Einführung des gewissen Geldes geknüpften Hoffnungen weder materiell noch ideell in Erfüllung gingen, für die bisherigen Berechner vielmehr Nachteile erwuchsen, indes die Prinzipale bei diesem Systemwechsel profitierten, klappte sich das Interesse für diese damalige Forderung des Tages ganz bedeutend ab, und heute steht es auf dem Gefrierpunkt.

Aber wie nicht nur Gottes Wege wunderbar sind, so haben auch die Buchdrucker des späteren Wege eingeschlagen, die man verwunderlich nennen muß. So in der Frage des Berechnens. Daß Akkordarbeit Mordarbeit ist, diese Ansicht oder Behauptung ist nicht nur von den Buchdruckergehilfen, sondern auch in andern Arbeiterkreisen inzwischen als ein falscher Standpunkt erkannt worden. Die Gegner des Berechnens sind heutzutage unter den Gehilfen tatsächlich zu zählen, man bezeichnet vielmehr jetzt auch in unsern Kreisen das Berechnen als die gerechteste Entlohnungsweise — für den Handsatz! Dagegen stehen nicht nur die Maschinenseher fast allgemein — zu sagen abschließlich, wäre zu viel behauptet — dem Berechnen an der Maschine unsympathisch gegenüber. Die Schriftgießer wiederum, bei denen die Maschinenarbeit ausschlaggebend geworden ist, sind nach wie vor stramme Anhänger des Berechnens.

Wie auf Gehilfenseite, besteht nun auch bei den Prinzipalen ein Dualismus in dieser Frage, aber entgegengesetzt als bei den Gehilfen. Die Prin-

zipalität kommt immer mehr vom Berechnen im Handsatz ab. Nach der letzten Tarifamtsstatistik (1910) standen von den Handsatzern nur noch 11,6 Proz. im Berechnen, während es 1907 15,1 Proz. waren. Künftig wird der Prozentsatz der Berechner sich weiter verringern. Bei der Einführung des neuen Tarifs hat sich das schon gezeigt. Wenn auch vereinzelt das Berechnen wieder eingeführt wurde, so überwiegen die Fälle, wo man vom Berechnen abging, bei weitem. Für das Berechnen an der Segmaschine haben jedoch die Prinzipale von Anfang an ein auffälliges Interesse bekundet. Nur widerwillig und mit der von den Gehilfenvertretern verlangten Zustimmung, später nicht prinzipiell gegen dieses Berechnen zu sein, ließen die Prinzipale bei der Tarifrevision im Jahre 1901 das Berechnen für die Maschinenseher fallen. Fünf Jahre darauf aber bestanden sie auf ihrem Schein und setzten wenigstens für den Zeitungssatz das Berechnen durch. Bekannt ist, daß von dieser den äußeren Gegnern der Tarifverträge gemachten Konzession nur in verschwindendem Maße Gebrauch gemacht wurde, weil ein praktischer Nutzen für Zeitungsbetriebe daraus nicht entspringt. Wieder fünf Jahre später war das Berechnen des gesamten Maschinensatzes zur Parole bei unserer Prinzipalität geworden, und es schien, als ob die Tarifrevision von 1911 an dieser Frage eine Klippe finden könnte. Nun das Berechnen für die Maschinenseher im vollen Umfange zugelassen ist, sieht man jedoch, daß die Rücklicht auf die den Tarifgemeinschaften abholben Industriellenteile wieder einmal größer gewesen ist, als Neigung und Bedürfnis bei der Allgemeinheit der Prinzipale für das Berechnen an der Segmaschine besteht. Die Vertretung der Zeitungsverleger bei den letztmaligen Tarifverhandlungen erklärte ja ganz offen, daß dem Berechnen an den Maschinen in den Zeitungsbetrieben erhebliche redaktionelle Schwierigkeiten entgegenstehen. Die Werkbetriebe, und das will besagen die Leipziger Prinzipale, waren es vielmehr, die sich für das Berechnen kräftig einsetzten. Trotzdem haben jetzt von den 44 mit Segmaschinen arbeitenden Werkbetrieben in Leipzig 9 im ganzen das Berechnen eingeführt. In den Zeitungsbetrieben hat man abermals davon Abstand genommen, und die Fälle, wo zum Berechnen übergegangen wurde, sind auch im Reiche gering. Keineswegs ist diese Tatsache auf einen Widerstand der Maschinenseher zurückzuführen, wie in der „Zeitschrift“ mit ganzen vier, überdies recht gestützten Argumenten, in einem Falle (Geidelberg) sogar durch falsche Darstellung einer Firma, zu behaupten versucht wird, sondern es sind eben Bedenken betriebstechnischer, vielleicht auch finanzieller Natur dafür ausschlaggebend.

In der Frage des Berechnens zeigt sich also auf Gehilfen- wie auf Prinzipalseite ein Rückwärts der Meinungen. In den zwanzig und mehr Jahren haben sich die Ansichten hier in das direkteste Gegenteil gewandelt. Bei dem großen Kampfe 1891/92 spielte übrigens dieser Punkt keine Rolle mehr, die Tarifverhandlungen im Oktober 1891 hatten sich damit gar nicht zu befassen. Das ist auch lehrreich, denn zwei Jahre zuvor schien bei den Gehilfen viel, sehr viel davon abzuhängen. Wie schnell doch, mitunter große Strömungen verlaufen!

(Schluß folgt.)

Volkswirtschaft.

Die Bedeutung der Zollpolitik für die Arbeiterschaft und ihre Organisationen.

Die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft ist zu einem beträchtlichen Teil abhängig von der jeweiligen Handels- und Zollpolitik. Denn diese ist von besonderem Einfluß auf die Preisbedingungen der meisten Lebensmittel sowie der sonstigen Bedarfsgegenstände. Daraus ergibt sich im weiteren eine gewisse Rückwirkung auf den Umfang der Arbeitsgelegenheit und in logischer Folge auch auf die allgemeinen Lohn- und Arbeitsbedingungen. Diese Erfahrungstatsachen kamen im „Korr.“ von jeder bei den verschiedensten Gelegenheiten und je nach den Verhältnissen mehr oder weniger scharf zum Ausdruck. Besonders die Notwendigkeit, bei der letzten Tarifrevision — zum Nachteil anderer ebenfalls erstrebenswerter Ziele — geschnitten auf die Lohnfrage beinahe das Hauptgewicht legen zu müssen, bot dazu Veranlassung, unsere bewährte Wirtschaftsordnung“ mehr als sonst unter die Lupe zu nehmen. In einer ganzen Reihe unterschiedlicher Artikel der letzten Zeit war die Debatte genötigt, darauf hinzuweisen, daß die Ursachen vieler Schwierigkeiten, die sich unserer Gewerbe- und Organisationspolitik immer wieder entgegenstellen, nicht ausschließlich in einem Mangel an des bürgerlichen Unternehmertums zu suchen sind. Daß Druck und Einflüsse unfrei gefolgt, in vielen Teilen total verkehrten Wirtschaftssystems dabei eine wesentliche Rolle spielen, konnten wir weder bisher, noch dürfen wir es in Zukunft übersehen, wenn wir wirklich gerecht sein wollen.

Diese Befürchtung drängt uns auch dazu, den soeben zum Abschluß gekommenen Reichstagswahlen eine weitestgehende Bedeutung beizulegen, und dementsprechend vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus zu ihnen Stellung zu nehmen. Die gleichen Erwägungen veranlassen uns auch, nunmehr die Zollpolitik in ihren Auswirkungen auf die Arbeiterschaft und auf unsere gewerkschaftsarbeit zum Gegenstand einer besonderen Untersuchung zu machen. Denn gerade der neue Reichstag steht in dieser Frage vor wichtigen Aufgaben. Ihm wird es vorbehalten sein, wenn er kein vorzeitiges, unnatürliches Ende findet, die Handelsverträge Deutschlands mit dem Ausland einer neuen und gründlichen Beratung zu unterziehen. Die meisten der jetzt bestehenden Verträge laufen im Jahre 1916 ab. Somit muß über ihre zukünftige Gestaltung bis dahin der neue Reichstag beschließen. Das bedeutet die Möglichkeit, das ganze Fundament der deutschen Handels- und Zollpolitik einer gründlichen Revision und Verbesserung unterziehen zu können. Die ganze Frage der Wirtschaftspolitik Deutschlands wird damit aufgerollt werden und die alte Streitfrage: Freihandel oder Schutzoll, von neuem entbrennen. Die stärksten wirtschaftlichen Mächte werden für den Schutzoll alles einsetzen, und die Anhänger eines freien Handelsverkehrs, zu welchen auch die Arbeiter sich rechnen müssen, werden alle Kräfte anzustrengen haben, um die Zwangsmassnahmen der gegenwärtigen Handels- und Zollpolitik nach und nach abtragen zu können. Dazu bedarf es vor allen Dingen eines allgemeinen, möglichst klaren Verständnisses der wirklichen Zusammenhänge der Handels- und Zollpolitik mit der Volkswirtschaft. Die meisten Verständnisse nach Möglichkeit die Wege zu ebnen, betrachten wir auch als unsere Aufgabe.

Von vornherein müssen wir jedoch bemerken, daß der knappe Raum des „Korr.“ uns die Pflicht auferlegt, zunächst nur zu sein. Wir können uns darum auch nicht in eine gründlichere Untersuchung des für diese Publizität gewählten Themas einlassen, sondern müssen uns darauf beschränken, nur das Notwendigste und Wichtigste kurz zusammenzufassen. Doch glauben wir damit dennoch eine gute Grundlage geben zu können, auf der jeder Leser aus eigenem mit einiger Überlegung und Beobachtung herum ihn vorgehenden Dinge in Handel und Wandel weiter bauen und richtig schlußfolgern kann. Im übrigen dürfte die im „Korr.“ an anderer Stelle fortlaufend bekanntgegebene einschlägige Literatur eine wirksame und zweckentsprechende Ergänzung zu unsern Darlegungen bilden.

In erster Linie ist es der Handel, und zwar der mit dem Ausland, den wir als Vorstufe zur Untersuchung der Zollpolitik ins Auge fassen müssen. Dieser Auslands-handel ist uralte. Seine ersten Anfänge lassen sich heute gar nicht mehr feststellen. Sein Entstehen ist auf die Verschiedenartigkeit des Klimas und der Bodenbeschaffenheit der einzelnen Länder zurückzuführen. Daraus beruht er zum größten Teil auch heute noch. Dementsprechend ist auch der Stand der Kaufleute ein uralter. Seiner fasttaujährigen alten Entwicklung hat dieser Stand seine maßgebende Bedeutung im Wirtschaftsleben aller Kulturvölker im guten wie im bösen Sinne zu verdanken. Profitgier und Spekulation sind in der Hauptsache seine Triebkräfte. Mit diesen „Talenten“ wucherten die Kaufleute seit dem grauen Altertum bis zum heutigen Tage. Dadurch wurde die große Mehrzahl von ihnen reich, und um so reich, je besser sie sich in den handelstechnischen Feinheiten zurechtfinden. Diese Erfolge riefen schon frühzeitig den Neid anderer Nachbarn wach. Sie forderten Anteile des Gewinns; Bölle. Dieses ursprüngliche Gewaltrecht, das für Fürsten, Mitter und sonstige Macht-haber zu einer immer wichtiger stehenden Geldquelle wurde, verfeinerte sich im Laufe der Zeit und wurde zu einem Staatsrecht. Staaten und Städte bedienten sich dieses Mittels in immer größerem Umfange gleich den Potentaten, um ihre Finanzkraft zu stärken und um sich gleichzeitig unabhängiger von den Parlamenten zu machen. Auf diese Weise wurden die dem Handel auferlegten Lasten immer größer. Da jedoch als oberster Grundsatz des Handels von jeher nur der Profit, d. h. ein Mehr-

ertrag über die Kosten eigener Waren und fremder Arbeit für die in den Handel gebrachten Waren als Triebkraft galt, so waren die Kaufleute auch stets darauf bedacht, die ihnen auferlegten Lasten auf die Käufer ihrer Waren abzuwälzen. Dadurch ist fast jeder Zoll zu einer neuen indirekten Besteuerung der Bevölkerung geworden. Dieser verschleierte Druck auf das Volk durch die Finanzwirtschaft des Staates wird um so fühlbarer, als seit einigen Decennien mehr und mehr die Lebensmittel der breiten Masse von den Böllen erfasst wurden. Auf solche Weise sind im allgemeinen dreierlei Arten von Böllen entstanden: die Finanzzölle, die sogenannten Schutzzölle und die Agrarzölle.

Die Finanzzölle heißen so, weil sie keinen andern Zweck haben, als die Finanzen des Staates zu erhöhen. Sie sind in Wirklichkeit nichts anderes als eine verfeinerte Entlastung der Reichs von ihrer Pflicht, in verhältnismäßig gerechter Weise nach ihrem Vermögen zur Bestreitung der Staatsausgaben beizutragen. Die bestehenden Klassen, die fast durchweg ihren Reichtum und ihre wirtschaftliche Übermacht nur dem Zusammenarbeiten und Zusammenhalten des Volksganzen zu verdanken haben, befinden in der Schaffung und Förderung der Finanzzölle eine direkt antinationale, volksfeindliche Bestimmung. Ohne selbst entsprechend ihrem höheren Einkommen in verhältnismäßig gleich fühlbarer Weise wie die ärmere Volksschicht in den Weiten zur Sanierung der Staatsausgaben greifen zu wollen, sind ihre Wortführer stets darauf bedacht, von ihren diesbezüglichen staatsverhaltenden Pflichten wohl in allen Hinsichten zu reden, um in Wirklichkeit aber direkt entgegengesetzt zu handeln. Finanzzölle sind Arten von Aufwandszöllen. Sie werden auf die Einfuhr von Waren gelegt, die im Inlande gar nicht oder nicht in beachtenswertem Maße hergestellt werden.

Auf ähnlich zweifelhafter Grundlage sind auch die sogenannten Schutzzölle entstanden. Sie sollen angeblich zum Schutze der nationalen Arbeit dienen, indem ihnen ein Einfluß auf die Gestaltung einzelner Produktionszweige derart zugeschrieben wird, daß sie einheimische Industrien gegen ausländische Konkurrenz schützen oder vor ihr bezeugen. Ihre Erträge fließen für die Staatskasse fallen nicht so ins Gewicht wie die der Finanz- und Agrarzölle. Um so bedenklicher ist jedoch in heutiger Zeit ihre Wirkung für die Arbeiterschaft als Hersteller der vom Schutzzölle beeinflussten Waren wie auch als deren Käufer. In der Mitte des vorigen Jahrhunderts und bis in dessen siebziger Jahre hinein, als jener Periode, die als die eigentlichen Kinderjahre der deutschen Industrie eingeschätzt werden kann, und von der aus die Entwicklung des ehemaligen deutschen Agrarstaats zum heutigen Industriestaat ihren Anfang nahm, da hatte der Gedanke eines besonderen Schutzolls für die deutsche Industrie gegenüber der „fast“ erdrückenden Konkurrenz der englischen Industrie eine gewisse Berechtigung auch im Interesse der Arbeiterschaft. Nicht heute noch könnte in einzelnen, wenigen Fällen eine Ausnahme im Gegenseite zum unbeschränkten Freihandelsprinzip anerkannt werden. Aber das sind im Hinblick auf die Gesamtheit der großen Nachteile der heutigen allgemeinen Schutzollpolitik für die gesamte Volkswirtschaft so nebensächliche Ausnahmen, daß wir uns ihre Spezialisierung ohne Schaden für eine zureichende Erfassung der wirklichen Bedeutung der Schutzollpolitik für die Arbeiterschaft an dieser Stelle schenken können. Im allgemeinen sind heute in gut 90 von 100 Fällen alle vernünftigen Voraussetzungen für eine Schutzollpolitik, wie sie gegenwärtig in Deutschland beliebt wird, nicht mehr vorhanden. Denn zunächst ist die deutsche Industrie schon längst aus ihren Kinderschuhen heraus. Sie ist zum größten Teil nicht nur selbständig, sondern sogar führend auf dem Weltmarkt geworden, und zwar trotz der hemmenden Schutzzölle des Auslandes. Die deutsche Industrie hat sich außerdem in weitherhafter Weise der ganzen Struktur der Weltproduktion auf industriellen Gebieten angepaßt. Das führte dazu, daß gerade die industriell am weitesten vorgeschrittenen Länder auch die hauptsächlichsten Abnehmer Deutschlands geworden sind, wie z. B. England, Frankreich und die Schweiz. Auch die Vereinigten Staaten sind sehr bedeutende Abnehmer deutscher Textilwaren, Maschinen und Geräte. Ja, es ist sogar so weit gekommen, daß die Einfuhr deutscher Waren zu einer Notwendigkeit für viele und große Industrien geworden ist. Diese Einfuhr wird aber durch die Rückwirkungen des Schutzollsystems mehr und mehr erschwert. Denn das Ausland hat mit Gegenmaßregeln auf die deutschen Einfuhrzölle geantwortet, nach der Devise: Wie du mir, so ich dir. Allenfalls wurden im Ausland auf die Einfuhr deutscher Waren ebenfalls hohe Bölle gelegt. Das bedeutet aber eine zunehmende Verschärfung der deutschen Einfuhr und führte ebendeshalb zu einer willkürlichen Verteuerung der Waren im Inlande und schließlich sogar noch in manchen Industrien zu einer sogenannten Kontingentierung oder auf gut deutsch gesagt zu einer Beschränkung der Arbeit im Inlande, um die Preise hoch zu halten. Die Auslandskonkurrenz ist ja in den meisten Fällen durch hohe Zollschranken zurückgedrängt. In dieser Seite des heutigen Schutzollsystems zeigt sich eine so wirtschaftsfeindliche Tendenz, wie sie krasser gar nicht gedacht werden kann. Hinter ihr verbirgt sich eine willkürliche Hemmung des technischen Fortschritts im Inlande wie im Auslande, daß man nur mit größtem Unwillen daran denken kann, wie hochschonlich von gewissen Unternehmern die Worte von einer Hemmung des technischen Fortschritts durch die Tarifpolitik im Buchdruckergewerbe als Kriegsruf gegen die fortschrittliche Arbeiterbewegung ausgegeben wurde. Denn

unverkennbar hat das heutige deutsche Schutzollsystem die bedenkliche Wirkung, die Auslandsindustrie auf Kosten jener des Inlandes zu stärken. Es werden ferner dadurch die Preise der Produktionsmittel im Inlande selbst in die Höhe getrieben und die Ausdehnungsfähigkeit der gesamten Industrie ganz bedeutend erschwert. Nur die in Kartellen, Trusts und Ringen verbundenen Erzeuger von Rohstoffen haben einen Vorteil davon. Hohe Preise im Inlande und Schleuderpreise im Auslande stiften die wirtschaftlichen Ziele für Unternehmergruppen, die sonst nicht genug vom Schutze der nationalen Arbeit zu orakeln wissen.

Wie gefährlich und nachteilig die gegenwärtige deutsche Schutzollpolitik aber z. B. für das Buchdruckergewerbe wie überhaupt für die ganze graphische Industrie geworden ist, das finden wir in Klümchens Jahrbuch für 1912 in einem ausgezeichneten Aufsatz von dem Berliner Syndikus Eugen Hager unter dem Titel „Die Zollpolitik und die graphische Industrie“ mit aller Deutlichkeit geschildert. Da heißt es u. a.: „Die graphische Industrie teilt das zollpolitische Schicksal aller deutschen Verfeinerungsindustrien. Sie sind in steigendem Maße auf die Ausfuhr angewiesen, da der Inlandsmarkt bei weitem nicht ausreicht, die gesamte heimische Erzeugung aufzunehmen; sie haben also ein lebhaftes Interesse sowohl an mäßigen Auslandszöllen auf die fertigen Erzeugnisse wie auch an mäßigen deutschen Einfuhrzöllen auf die Roh- und Hilfsstoffe. . . . Mit den hochgeschraubten Böllen des deutschen Zolltarifs ließen sich nun günstige Handelsverträge im Interesse der deutschen Verfeinerungsindustrien nicht abschließen, denn die Erhöhung der deutschen Bölle wurde sofort mit einer Erhöhung der Bölle im Auslande beantwortet.“ Im weiteren wird von dem gleichen Verfasser bestätigt, daß dieser Fehler nicht in der vielbesagten „Unfähigkeit“ der deutschen Vertragsunterhändler liege, sondern im ganzen zollpolitischen Systeme zu suchen sei. Als Resultat eingehender Untersuchungen stellt Herr Hager dann fest, daß die Ausfuhr der deutschen Papierverarbeitungsindustrie besonders seit dem Inkrafttreten des gegenwärtigen Zolltarifs sehr erheblich zurückgegangen ist. Dieser Rückgang der Ausfuhr, so heißt es auf Seite 231 des Jahrbuchs wörtlich, „hat sich unter sehr fühlbaren Verschiebungen vollzogen. Viele Artikel haben ihre Ausfuhrfähigkeit in bezug auf gewisse Länder ganz oder doch teilweise eingebüßt und mußten andere Märkte aufsuchen, auf denen der Wettbewerb sich dann verschärfte. Was nicht mehr exportiert werden konnte, drückt auf den Inlandsmarkt, womit hauptsächlich die unablässigen Klagen über Überproduktion zu erklären sind, oder es wurde von vertriebenen Betrieben die Herstellung gewisser Artikel ganz fallen gelassen und zur Fabrikation anderer Druckereizugnisse übergegangen, wodurch neue Konkurrenzverhältnisse eintraten. Manche Betriebe mußten überhaupt ihre Tätigkeit einstellen oder wurden ganz oder teilweise ins Ausland verlegt.“ So lautet das Urteil eines Kenners der Verhältnisse über die Wirkungen der deutschen Zollpolitik für das graphische Gewerbe. Damit ist auch für uns als Buchdrucker und nicht nur als Arbeiter eine entscheidende Bewertung des heutigen Schutzolls voll auf berechtigt.

Wie liegt aber nun die Sache mit den Agrarzöllen? Sie sind in ihrer Wirkung noch viel bedenklicher als die bisher besprochenen Zollarten. Zwar wird auch dem Agrarzölle, d. h. den Böllen auf Getreide, Vieh, Butter, Holz usw., der Charakter eines äußerst notwendigen Schutzolls zugeschrieben. Und doch ist dies ebenfalls purer Schwundel. Denn in Wirklichkeit wirken die Agrarzölle nur als Schutz vor — billigen Lebensmitteln! Sie sollen die Landwirtschaft schützen. Das geschieht zwar, aber nur in der gleichen Weise wie durch die Schutzzölle für die Industrie. Die Groben, die Junker, die Grundbesitzer, schöpfen den Reichtum ab und die erdrückende Mehrzahl der Landwirte zahlt gleich der übrigen Volksmasse die Besche durch angestrengte Arbeit und Enghaltung des Lebens. Das lehnen uns die Ergebnisse der Verfassung im Jahre 1907. Die Zahl der Personen, die nach jener Statistik der Landwirtschaft im Hauptberuf angehören, belief sich auf 17 681 176. Davon waren selbständige Landwirte samt ihren Familienangehörigen 7 795 398. Die übrigen waren Lohnarbeiter und deren Angehörige, von denen nur wenige imstande sind, Lebensmittel zu verkaufen. So ergibt sich ohne weiteres, daß der größte Teil der landwirtschaftlichen Bevölkerung gar kein Interesse an hohen Lebensmittelpreisen hat; im Gegenteil, sie muß selbst darunter leiden. Auch die landwirtschaftliche Betriebsstatistik führt zum gleichen Resultat. Höchstens ein Drittel der landwirtschaftlichen Bevölkerung hat einen Vorteil von hohen Lebensmittelpreisen. Dieses Drittel macht aber nur ein Zehntel der Gesamtbevölkerung Deutschlands aus. Gewiss kann es auch der Arbeiterschaft nicht gleichgültig sein, wie es um die Landwirte steht. Daß aber um des Wohlergehens eines Zehntels der Bevölkerung willen sich fast neun Zehntel sollen die größten Opfer auferlegen lassen, ist doch etwas so viel verlangt. Bei alledem kommt in Betracht, daß es, um einer wirklichen Not der Landwirtschaft, die nur in der hohen Bodenbelastung liegt, abzuhelfen, noch ganz andre Mittel gibt als die der willkürlichen Verteuerung der Lebensmittel durch die Zollpolitik. Denn gerade diese Verteuerung der Lebensmittel durch die Agrarzölle wirkt auch auf die Mehrzahl der Landbevölkerung als ein zweifelsneidiges Schwert. Trotz der fortgesetzten steigenden Preise für landwirtschaftliche Produkte ist die Landwirtschaft nicht von ihrer sogenannten Notlage losgekommen. Der Mangel an Arbeitern und hohe Bodenpreise oder Pachtzinsen sind die Gefahren für die Landwirtschaft geworden. Während die von Ju-

industrie und Handel lebenden Bevölkerungsklassen sich in den letzten 30 Jahren um etwa 15 Millionen Köpfe vermehrten, hat die landwirtschaftliche Bevölkerung um zwei Millionen abgenommen. Trotz aller scharfmacherischen Koalitionsrechtsbeschränkungen finden die Arbeiter in der Industrie doch noch mehr Bewegungsfreiheit als in der Landwirtschaft mit ihrem mittelalterlichen Gefänderechte. Deshalb wenden sich immer mehr unbemittelte landwirtschaftliche Abkömmlinge der Industrie zu, wo sie nicht nur größere persönliche Freiheit, sondern auch besseren Verdienst und in der Regel leichtere Arbeit finden. Die Schwerfälligkeit und Mühseligkeit der landwirtschaftlichen Betriebe in humanitärer und technischer Hinsicht ragen sich bitter durch Landflucht ihrer eignen Leute. Dazu kommt dann noch der ungeheure Bodenwucher. Denn gerade die Preissteigerung der landwirtschaftlichen Produkte wirkt auch in gleicher Weise auf die Bodenpreise. Es ist statistisch genau festgestellt, daß infolge Steigens der Kornpreise die Bodenpreise in Preußen innerhalb 15 Jahren um 50 Proz. gestiegen sind. Besonders nach Abschluß des jetzt noch geltenden Zolltarifs war diese Steigerung ganz auffallend. Sofort stiegen die Bodenpreise in viel stärkerem Tempo als vorher. Die hohen Bodenpreise machen den Landwirt auf seiner sogenannten eignen Scholle zum Tributpflichtigen des Kapitals. Und hier allerdings muß der Landwirtschaft auf alle Fälle geholfen werden. Die Einschränkung des stehenden Heeres, das der Landwirtschaft mehr und mehr die besten Arbeitskräfte auf Jahre und, wie eine Abstammungstabelle der heutigen Militärpärkerliste ergibt, sogar zum großen Teil für immer entzieht, wäre das beste Mittel dazu. Dann käme eine geistige und physische Hebung der landwirtschaftlichen Bevölkerung durch eine bessere Schulbildung in Frage usw. Wir hätten nichts dagegen, so schreibt ein bekannter Zeitgenosse, daß die notwendigen Millionen alljährlich durch eine progressivere Einkommensteuer aufgebracht und zum Vorteile der Masse der landwirtschaftlichen Bevölkerung und der Landwirtschaft verwendet würden wie etwa zur Übernahme der Schulkosten auf den Staat, zum Bau von Arbeiterhäusern, die den Landarbeitern menschenwürdige Wohnungen böten, in denen sie frei leben von jeder Unternehmervollmacht, zur Betreibung einer rationellen Wasserwirtschaft, die die Gefahren von Hochfluten beseitigt und Bewässerungsanlagen sowie Wasserkräfte schafft, und endlich, wenn die Mittel noch reichen, zur Erwerbung einzelner Güter bankrotter Funtler und zu ihrer Umwandlung in Musterwirtschaften — Musterwirtschaften nicht bloß in technischer, sondern auch in sozialer Beziehung. Das wäre die beste Hilfe für die Landwirtschaft als Ersatz für die Agrarzölle, die Industrie, Handel und Wandel heinträchtigen, ohne der Landwirtschaft zu helfen, wo es wirklich notwendig wäre.

Sind also die Agrarzölle bei Lidate betrachtet, so sind sie für die wirkliche Notwendigkeit der Bevölkerung so sind sie für den größten Teil der Bevölkerung und hauptsächlich für die Arbeiterschaft eine direkte Gefahr. Zwar behaupten die Funtler und ihre Freunde, die Agrarzölle werden vom Auslande getragen. Diesen Schwinkel merkt man aber z. B. sofort, wenn man die Schrift Lujo Brentanos über die deutschen Getreidezölle liest. Darin wird sehr deutlich nachgewiesen, daß die Inlandspreise fast durchweg entsprechend der jeweiligen Zollherhöhung gestiegen sind. Das läßt sich nicht nur beim Getreidezolle, sondern auch bei den meisten andern Zollarten nachweisen. Diese Last, die angeblich der Landwirtschaft zuleibe das deutsche Volk zu tragen hat, wird von Kennern der Verhältnisse auf annähernd zwei Milliarden Mark jährlich berechnet. Im einzelnen ergibt sich die Wirkung der Agrarzölle und der sonst irdch auf die Lebensmittelpreise diekkenden Finanz- und Industriezölle aus einer Berechnung, die neuerdings ein Dozent der Gewerbeakademie in Weimar aufstellte und im Organ des Verbandes deutscher Gastwirte „Das Gasthaus“ veröffentlicht wurde. Danach kostete ein Pfund

	1904	1907	1911	Steigerung in Proz.
Kaffee	1.00	1.00	1.50	50
Stärke	0.30	0.35	0.40	33 1/3
Ringapfel	0.60	0.60	0.90	50
Mehl	0.20	0.22	0.22	10
Hollern	0.50	0.60	0.90	80
Korinthen	0.40	0.50	0.90	25
Erben	0.20	0.20	0.30	50
Schnittapfel	0.80	0.70	0.90	50
Kartoffelmehl	0.20	0.20	0.25	25
Feinzucker	0.25	0.26	0.34	36
Wachs	0.25	0.25	0.30	20
Arkosfen	0.75	1.20	1.00	33 1/3
Zinn	0.25	0.50	0.40	60
Hasfergrüße	0.16	0.21	0.20	25
Bohnen	0.40	0.25	0.30	50
Plausen	0.40	0.50	0.60	50
Sauerkraut	0.10	0.10	0.20	100
Suppenkraut und frisches Gemüße 200 und mehr!				

Diese deutlichen Zahlen kommentiert z. B. der „Gewerksverein“, das Blatt der christlich-demokratischen Gewerksvereine, in seiner Nr. 5 von diesem Jahre sehr charakteristisch folgendermaßen: Man möchte an der politischen Reife des deutschen Volkes zu zweifeln beginnen, wenn man bedenkt, daß trotzdem die Parteien, die eine solche Politik unterstützen, noch immer so großen Anhang besitzen.“ Und eine so wirksame Vertierung der Lebensmittel stellte den Arbeiterorganisationen besonders in den letzten Jahren die Aufgabe, ihre Kräfte hauptsächlich auf die Forderung der Lohnfragen und ihr andre wichtige Kulturfragen, wie Arbeitszeitverkürzung, Arbeitsleistung usw.,

unterzuordnen. In dieser Hinsicht wirken die Agrarzölle kaffeeinbringend. Sie hemmen den Aufstieg der Arbeiterschaft. In dieser Tendenz begründet sich auch die dicke Freundlichkeit der schlimmsten Arbeitereinde in Unternehmerragen mit der Funtlersippe als Hochschußblinder. Und doch wirken die Agrarzölle auch äußerst nachteilig für die Industrie. Sie haben im Auslande die gleichen Wirkungen wie die „Schußzölle“ für die Industrie. Sie führen zu wirtschaftlichen Abwehrmaßnahmen im Auslande und im Inlande zur Hemmung der Produktion durch Konsumbeschränkung. Sie sind also ebenfalls Hemmnisse des technischen Fortschritts unter staatlichem Schutze.

Nach dieser gedrängten Betrachtung über die Bedeutung der Zollpolitik für die Arbeiterschaft und ihre Organisationen kann man wohl kaum noch darüber im Zweifel sein, in welcher Richtung Abhilfe zu erstreben ist. Finanzzölle, Industriezölle und Agrarzölle sind in heutiger Zeit volkswirtschaftlich und volksschädliche Einrichtungen. Die einen mehr, die andern weniger. Sie haben sich überlebt. Was die eine oder andre Art früher wirklich auf Schutz geleistet hat, das wird heute von ihr ins Gegenteil gewendet. Wo sie früher die Entwicklung der Industrie und der ganzen Volkswirtschaft begünstigt haben mögen, sind sie heute fast ausnahmslos zu einer Fessel in mehrfacher Sinne geworden, die nur dazu dient, die Taschen solcher Leute zu füllen, die ohnedies schon nicht mehr wissen, wo sie mit ihrem Überflusse hin sollen. Darum kann es für denkende Arbeiter auf diesem Gebiete nur einen Wunsch geben, und der ist: Umkehr der heutigen Zollpolitik zum Freihandel mit allen Kulturstaaten!

Korrespondenzen.

Annaberg-Buchholz. Am 14. Januar hielt die hiesige Mitgliederversammlung des Generalvereins eine außerordentliche Sitzung. Nach Eröffnung des Besprechungsbeschlusses erfolgte die Vorstandswahl und wurde der bisherige Vorstand außer dem Schriftführer per Affirmation wiedergewählt. Leider fehlten wieder neun Kollegen. Kollege Schumann (Chemnitz) war anwesend. Aber die Tariffrage wurde eingehend berichtet. Weiter sei noch an die Kollegen von Annaberg-Buchholz die Aufforderung gerichtet, die Versammlungen in Zukunft zahlreicher zu besuchen.

Bad Dürkheim. Unsere Generalversammlung fand am 14. Januar statt. Den Jahresbericht erstattete Kollege Stepp. Aus der Vorstandswahl gingen u. a. hervor die Kollegen Peter Stepp als Vorsteher, Jakob Deubert als Kassierer. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten und der Mahnung zur Einigkeit und Kollegialität schloß Kollege Stepp mit einem Hoch auf den Verband die Versammlung. Öffentlich erschienen im neuen Geschäftsjahre auch unsere notorischen Versammlungsschwänzer. Das ist ein Opfer, das unter allen Umständen gebracht werden muß.

Wernitz. Vereinsversammlung am 17. Januar 1912. Vor Eintritt in die Tagesordnung nahm Kollege Massini Gelegenheit, da dies die erste Versammlung im neuen Jahre, die Kollegen zu begrüßen und die allerwichtigsten Ereignisse des vergangenen Jahres innerhalb des Berliner Vereinslebens aufzuführen und zu besprechen. Er konstatierte hierbei, daß sich die Berliner Buchdruckerbetriebe nicht wesentlich erholt haben, die Zahl der beschäftigten Gehilfen dagegen von 1140 im Jahre 1910 auf 1026 im Berichtsjahre gestiegen sei. Auch in sozialer Beziehung sei trotz der technischen und maschinellen Entwicklung und der damit stetig verbundenen Gefahr für Leben und Gesundheit der Gehilfen eine Besserung eingetreten, da die Krank- und Arbeitslosenlisten ein halbes Prozent weniger aufweise als in 1910. Daß die Mitgliederzahl des Vereins sich um 555 vermehrt habe, nämlich von 1163 auf 1718, wäre besonders interessant. Es ergab sich hieraus, daß fast alle ausgeleiteten oder zugeworfenen Kollegen Mitglieder geworden seien oder gewesen sind. Weiter erwähnte der Vorsteher die Verbandsgeneralversammlung in Hannover und die Tarifrevision. Zum Schluß dieses kurzen Überblicks erbat der Redner die im vergangenen Jahre verstorbenen Mitglieder in der üblichen Weise, danke auch im Namen des Vereins den ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern für ihre Tätigkeit und sprach die Hoffnung aus, daß auch im laufenden Jahre der gewerbliche Erwerb erhalten bleiben möge. Die Tagesordnung selbst befachte sich mit der Wahl der verschiedenen Kommissionen: Revisionskommission, außerordentliche Revisionskommission, Bibliothekkommission und Vergütungskommission. Beim nächsten Punkte gab Kollege Jenz die Abrechnungen über zwei im Herbst v. J. veranstaltete Operettenabende und über das Stiftungsfest. Erstere brachten der Matinee-Kasse einen Zufluß von 877.90 Mk. Die Aufkosten für das Stiftungsfest betragen 2687.55 Mk., wovüber Decharge erteilt wurde. Auf Anregung des Kollegen Reimer wurden der Arbeiterfamilaritätsschule, die bei allen unsern Veranstaltungen sich zur Verfügung stellt, 30 Mk. überwiesen. Zu dem Punkte „Vereinsmitteilungen“ machte zunächst der Vorsteher Massini längere Ausführungen über die Einführung des neuen Tarifs und führte hierbei u. a. aus: Im allgemeinen sei auch die Einführung des Tarifs in der Berliner Druckerei als bestmöglich zu bezeichnen; denn wenn bei einer Mitgliederzahl von nahezu 12000 nur ungefähr in 30 Druckereien kleinere Schwierigkeiten zu überwinden waren, so wäre dies im Verhältnis nicht bedeutend. Drei Druckereien müßten durch den Streikretter auf ihre Pflichten aufmerksam gemacht werden, denen sie dann auch nachkamen. Anders sei es mit den freiwilligen Zulagen, die durch Be-

schluß der Prinzipale festgelegt wurden. Dieselben wären in den Betrieben, deren Inhaber der Prinzipalsorganisation angehören, bezahlt worden, manchmal allerdings mit kleinen Abweichungen nach unten sowohl wie auch nach oben. Eine nicht unbedeutliche Zahl von den Firmen jedoch, die dem Deutschen Buchdruckerverein nicht angehören, gewährt leider niedrigere Zulagen als die empfindlichen. In verschiedenen Betrieben ferner gelangte die zehnprozentige Erhöhung der Löhne dadurch nicht zur vollen Einführung, daß bei den vorteilhaften Arbeiten durch Reduzierungen ein Ausgleich geschaffen wurde. Bei zwei Zeitungen wurde, veranlaßt durch die Aufstellung weiterer Schreibmaschinen, das gewisse Geld eingeführt, wodurch bedauerlicherweise ein Mindererwerb der betreffenden Gehilfen eintrat. Kollege Massini meinte, daß der Einfluß des Zeitungsverlegervereins, der bezüglich der Veraltungen des Tarifs anscheinend mit einem andern Ausgange geredet habe, sich nur bei Einführung desselben ganz besonders bemerkbar mache. Um bedauerlichsten sei, daß die liberalen Mütter, die gerade zu jehiger Zeit so entschieden nach links weisen, im eignen Betriebe die Rechte der Gehilfen nicht voll zur Geltung kommen lassen. Zum Schluß wies der Redner noch die Kollegen an, in allen Beziehungen auf der Hut zu sein, um etwa beachtlichste Schädigungen entgegenzutreten. Nachdem der Vorsteher noch bekannt gegeben, daß der Beitrag von nächster Woche wieder auf 1.80 Mk. zurückgelegt werde, und den Wunsch ausgesprochen, daß die Hilfsarbeiterdifferenzen zwischen Berliner Vorstand und Zentralleitung eine gute Lösung auf dem Verbandstag im Februar finden möchten, setzte noch eine kurze Diskussion ein über kostenlose Verlesung des Tarifs und den politischen Arbeiternachwuchs. Hierbei kam zum Ausdruck, daß die Provinzkollegen jetzt mehr als sonst bei Konditionsangeboten nach Berlin die notwendige Vorsicht walten lassen müßten.

Wernitz. Bei Leipzig. In unserer am 14. Januar abgehaltenen Generalversammlung begrüßte der Vorsteher die zahlreich erschienenen Mitglieder mit einem herzlichen Willkommen und erstattete dann einen ausführlichen, mit Beifall aufgenommenen Jahresbericht. Der nun folgende Jahresbericht unseres „Finanzmitrers“ ergab ein sehr erfreuliches Bild. Dem Kassierer wurde einmütig Decharge erteilt. Aus den Verfügungen des Bibliothekars ging hervor, daß die Vereinsbibliothek leider nicht die wünschenswerte Benutzung erfuhr. Die nummehr vorgenommenen Vorstandswahlen ergaben die fast einstimmige Wiederwahl des Vorstehers und des Kassierers. Nachdem auch die übrigen Wahlen beendet waren, beschloß die Versammlung nach einer lebhaften Debatte mit großer Mehrheit, einen Antrag anzunehmen, mit untrer Ortsvereinsbibliothek der am Orts bestehenden Zentralbibliothek beizutreten. Die andern Punkte der Tagesordnung waren interner Natur. Nach einem kurzen Schlußwort des Vorstehers fand die Versammlung in kollegialer Weise getragene Versammlung ihr Ende. — In dieser Stelle möchten wir an die leider auch in unserm Ortsvereine vorhandenen notorischen Versammlungsschwänzer die eindringliche Mahnung richten, ihre bisherige Vergewaltigung von sich abzustülzen und den festen Vorsatz zu fassen, im Zukunft Mann für Mann in unsern Tagungen zu erscheinen und tätigen Anteil am Verbandsleben zu nehmen.

Glückau. Die höher entlassenen Gehilfen der Firma R. Dulce (Anhaber Hans Gaste) kamen nachträglich noch in den Genuß der vom Deutschen Buchdruckerverein empfohlenen freiwilligen Zulagen. Der Bericht über die Tarifrevision am hiesigen Ort erstarrt dadurch also eine Modifikation.

A. Grauden. Am 14. Januar hielt unser Ortsverein seine diesjährige Generalversammlung ab. Leider war diese sehr schwach besucht. Nachdem der Vorsteher Wolpert die Kollegen im neuen Jahre begrüßt und ihnen bei dem Witten verstorbenen Kollegen für die Weihnachtsfeierlichkeiten übermittelte hatte, erstattete er den Jahresbericht. Hierauf wurde dem Vorstand Entlastung erteilt und ihm der Dank der Versammlung ausgesprochen. Als ein großes Bedauern des hiesigen Organisationslebens muß leider der schlechte Versammlungsbesuch bezeichnet werden. Wenn wir uns hinsichtlich des sich etwas hebenden Versammlungsbesuchs vor der Tarifrevision großer Hoffnungen hingaben, so sahen wir uns leider bei der diesjährigen Generalversammlung schwer enttäuscht. Mühten doch die Vorstandswahlen in Anbetracht des schlechten Besuchs (es war noch nicht einmal die Hälfte der Mitglieder vertreten) auf die nächste Versammlung verschoben werden. Trotz aller Witten und Ermahnungen des Vorstandes sind es fast immer ein und dieselben und fast ausschließlich ältere Kollegen, die die Versammlungen schwängen und so dem Organisationsleben wenig Interesse entgegenbringen. Es erweckt fast den Anschein, als ob diese Kollegen glauben, da nun die Tariffrage glücklich überstanden ist, nun in den nächsten fünf Jahren mit dem Bezahlen ihrer Beiträge voll auf ihrer Pflicht als Verbandsmitglieder zu genügen. Hoffen wir, daß das Jahr 1913 nicht unter dem Zeichen dieser Generalversammlung steht! Aber die Einführung des neuen Tarifs wurde Bericht erstattet. Bemerkenswert ist, daß auch sämtliche Hilfsarbeiter in der größten Druckerei am Orte („Der Gefellige“) mit einer Zulage bedacht wurden. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Saßleben. Am 13. Januar fand unsere jährliche Generalversammlung statt. Leider hatten sich die Kollegen nicht so zahlreich eingefunden, wie es die reichhaltige und wichtige Tagesordnung verlangt. Bei der vorgenommenen Vorstandswahl wurden gewählt die

Kollegen Nibel zum Vorsitzenden und Flade zum Kassierer. Der revidierte Tarif wurde in der Druckerei „Madersmalet“ auf Vorstelligenwerden des Personals bereits im Herbst vorigen Jahres eingeführt. Die übrigen Punkte waren örtlicher Natur.

Jena. Der hiesige, 24 Mitglieder zählende Maschinenmeisterverein hielt seine Generalversammlung am 13. Januar ab. Ein Vortrag des Kollegen Heuschke über „Die gebräuchlichsten Papiere des Buchdruckers“ wurde beifällig aufgenommen. Zur Tarifeinführung hatten die Kollegen keine Klagen vorzubringen. Der seitherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt.

Niel. In der Generalversammlung am 21. Januar waren 99 Kollegen anwesend. Der Vorsitzende teilte u. a. mit, daß die aus Mitteln der Ortskasse für alle Kollegen angeschafften Tarife zur Verteilung gelangten. Ein längerer Bericht gab Aufschluß über die Tarifeinführung am Orte. Die Lohnstatistik zeigt, daß zwei Drittel der Kollegen über Minimum entlohnt werden. Der Jahresbericht des Vorstandes wurde beifällig aufgenommen. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden der Vorsitzende und der Kassierer einstimmig wiedergewählt, die übrigen Posten zum Teile neu besetzt. Die vom Vorstande bereits abgegebene zweite Rate von 30 M. für die Tabakarbeiter wurde genehmigt. Der Vereinskalender soll auch in Zukunft monatlich herausgegeben werden. Dem Vereinsboten wurde eine zehnprozentige Erhöhung seiner Entschädigung bewilligt.

Leipzig. (Maschinenfabrikverein.) Am 21. Januar fand unsere ordentliche Generalversammlung statt, die von etwa 120 Kollegen besucht war. Nachdem fünf Kollegen neu aufgenommen und einige Mitteilungen erledigt waren, erbatte der Vorsitzende Bericht über das abgelaufene Vereinsjahr. Da bei der Vorstandswahl einige Mitglieder eine eventuelle Wiederwahl ablehnten, ersüßte der Vorstand teilweise eine andre Besetzung. Kollege Blechschmidt wurde als Vorsitzender wieder- und Kollege Krause als Kassierer neu gewählt. Dem Vorstande wurde eine Remuneration von 100 M. gewährt. Die Aussprache über die Einführung des neuen Tarifs war eine sehr rege. Aus den Mitteilungen des Vorsitzenden ging u. a. hervor, daß hier neun Firmen (Werktätigkeiten) vom Berechnen Gebrauch machten, während die übrigen Firmen die Entlohnung im Gewerkschaftsbesitz behielten. Nach Besprechung einiger sonstiger Angelegenheiten erfolgte der Schluß der Versammlung.

Mainz. (Maschinenfabrikverein.) Die am 14. Januar abgehaltene Generalversammlung war von 25 Kollegen (darunter drei Gästen) besucht. Aus dem Bericht über die Tarifeinführung ging hervor, daß mit Ausnahme der „Mainzer Volkszeitung“ in sämtlichen Zeitungsbetrieben die verlängerte Arbeitszeit eingeführt wurde. Teilweise bestehende Vergünstigungen wurden aufgehoben. Die Arbeitszeitverkürzung in zwei kleineren Werkbetrieben ging ohne Schwierigkeiten vorstatten. Die Neuwahl des Vorstandes ergab die fast einstimmige Wieder- resp. Neuwahl der vorgeschlagenen Mitglieder. Zwar wurde von dritter Seite versucht, durch ein von einem Privatboten an die Versammlungsbesucher verteiltes anonymes Flugblatt Unfrieden bei der Vorstandswahl unter den Mitgliedern hervorzurufen. Die Versammlung protestierte jedoch gegen dieses „kollegiale“ Verhalten eines vor wenigen Monaten ausgeschlossenen Spartenmitglieds, das seit dieser Zeit fortwährend Unkeimlichkeit unter den Mitgliedern zu stiften sucht. Nach einigen Angelegenheiten interner Natur wurde die anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

F. Ohligs. Am 13. Januar hielt der hiesige Ortsverein seine Generalversammlung ab, welche schlecht besucht war; ein Zeichen der Interesslosigkeit, besonders der jüngeren Kollegen. Nach Erstattung des Jahresberichts wurde der bisherige Vorstand einstimmig wiedergewählt. Nach Erledigung interner Sachen schloß der Vorsitzende mit einer Mahnung zum fleißigen Versammlungsbesuche die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband.

Bönned. Am 20. Januar feierte unser Ortsverein das 25. Verbandsjubiläum des Kollegen Martin Gurit in Verbindung mit dem Wintervergügen des Vereins. Das Fest, an dem auch der Bezirksvorsitzende und der Bezirkskassierer aus Gera teilnahmen, verlief in würdiger und für den Jubilar ehrenvoller Weise. Dem zu dem Anlasse verfaßten Prologe folgten Ansprachen, die des Jubilars Verdandstreue und Kollegialität rühmend hervorhoben, Mahnworte an die übrigen Kollegen richteten und mit der Überreichung eines Diploms endigten. Die bereitwillige Hilfe einiger erst kürzlich zugereister junger Kollegen machte es möglich, den unterhaltenen Teil des Abends reichlich auszugestalten. Den Höhepunkt der Darbietungen bildete die Aufführung des launigen Einakters „Der Kontrollzettel“. Hierauf schloß sich ein Tanzgenuss an.

Rastatt. Am 20. Januar hielt der hiesige Ortsverein seine Generalversammlung ab. Hierzu waren 14 Kollegen erschienen. Vorsitzender Hank erstattete den Jahresbericht. Dem Kassierer wurde für seine musterhafte Kasseneinführung besonderer Dank ausgesprochen. Bei Wornahme der Neuwahl wurde Kollege Julius Mittel als Vorsitzender gewählt, als Kassierer blieb der alte auf seinem Posten. Für die ausgesperrten Tabakarbeiter wurden 6 M. aus der Ortskasse bewilligt. Zum Schluß wurde auch dem bisherigen Vorsitzenden, welcher seinen Posten vier Jahre bekleidete, ein kräftiger Schluß geweiht.

P. Reichenbach-Langenbielau. Der hiesige Ortsverein hielt am 13. Januar seine Generalversammlung in Ober-Langenbielau ab, welche leider nur mittelmäßig besucht war trotz der außerordentlich wichtigen

und reichhaltigen Tagesordnung. Der Kassierer, Kollege Rahm, gab zunächst den Kassierenbericht vom vierten Quartale 1911, worauf Kollege Wille den Bericht des Gewerkschaftsstellens Langenbielau in eingehender und ausführlicher Weise erstattete. Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildete die Berichterstattung über die Einführung des neuen Tarifs in Reichenbach sowie auch in Langenbielau. Im Anschlusse hieran wurde besonders die in Reichenbach zu beklagende Scheudertkonturrenz einer Firma gekennzeichnet und entschieden verurteilt. Bei der darauffolgenden Neuwahl des Gesamtvorstandes wurden als erster Vorsitzender Kollege G. Prasse und als Kassierer Kollege M. Rahm gewählt. Nach Beschluß der Versammlung wird in diesem Jahr ein Stiftungsfest nicht gefeiert werden und an Stelle dessen ein Herrenabend stattfinden. Mögen sich die Kollegen recht zahlreich daran beteiligen. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen. Auch an dieser Stelle sei der Wunsch geäußert, die Kollegen möchten künftighin zahlreicher und pünktlicher zu den Versammlungen erscheinen.

Reutlingen. Am 13. Januar hielt der hiesige Ortsverein seine ordentliche Generalversammlung ab, die von über zwei Dritteln der Mitglieder besucht war. Ein vom Vorsitzenden Friz Spühler vorgetragener kurzer Rückblick über das abgelaufene Jahr führte den Kollegen die wichtigsten Vorkommnisse vor Augen und wurde von der Versammlung sehr beifällig aufgenommen. Ferner berichtete der Vorsitzende über die Einführung des neuen Tarifs. Die Neuwahlen zeitigten insofern eine Änderung, als der derzeitige Vorsitzende, Kollege Spühler, und der Kassierer, Kollege Sneyding, zwei sehr verdiente, langjährige Vorstandsmitglieder, eine Wiederwahl ablehnten, und an deren Stelle als Vorsitzender Kollege G. Gräfe und als Kassierer Kollege Chr. Werner gewählt wurden. Möge der Ortsverein unter der neuen Leitung in den gleichen Bahnen wandeln wie seither, zum Wohle des Verbandes.

Sagan. Der hiesige Ortsverein hielt am 13. Januar seine Generalversammlung ab. Zunächst kam der Jahresbericht zur Verlesung. Ein Antrag auf Anschluß an das Gewerkschaftsstellens erzeugte eine lebhaftige Debatte, doch wurde die Beschlußfassung darüber noch ausgesetzt. Nach Prüfung lokaler Verhältnisse soll in einer der nächsten Versammlungen die Abstimmung über diesen Antrag erfolgen. Der alte Vorstand wurde bis auf den Schriftführer wiedergewählt.

Schneeberg i. Erzgeb. Am 18. Januar hielt die hiesige Mitgliedschaft ihre diesjährige Generalversammlung ab. Der Jahres- und Kassierenbericht wurde entgegenkommen. Die Neuwahl des Vorstandes ergab einstimmige Wiederwahl sämtlicher bisherigen Vorstandsmitglieder.

Siegen. Die am 13. Januar abgehaltene Generalversammlung, in der eine reichhaltige Tagesordnung zur Beratung stand, war von 14 Mitgliedern besucht. Vom Vorsitzenden wurde der Jahresbericht erstattet. Bei der Wahl der Vorstandskasse trat keine Änderung in der seitherigen Besetzung ein. Der Ortsvereinsbeitrag wurde um 10 Pf. erhöht, um den durchreisenden kombitionlosen Kollegen eine kleine Unterstützung zu gewähren und für gewerkschaftliche Zwecke einen Fonds anzulegen.

Berth. In der Generalversammlung vom 13. Januar berichtete der Vorsitzende über die Tarifeinführung. Nachdem der Vorsitzende die markantesten Punkte aus dem Jahresbericht und der Kassierer die Jahresabrechnung zu Gehör gebracht, wurde zur Wahl des Gesamtvorstandes geschritten. Diefelbe ergab die einstimmige Wiederwahl des Vorstehenden Niemann und des Kassierers P. Hofmann. Nachdem der Vorsitzende den Kartellbericht erstattet hatte, wurde die gutbesuchte und anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

d. Zwickau i. S. Die hiesige Mitgliedschaft hielt am 20. Januar ihre Hauptversammlung ab, in welcher Vorsitzender Kraffer einen ausführlichen Jahresbericht gab. Wie der Jahresbericht, so wurde auch der Bericht des Kassierers mit Befriedigung aufgenommen und der Vorsitzende wie auch der Kassierer wiedergewählt. Die Vertrauensleute berichteten über die Tarifeinführung. In einigen Fällen kamen auch die Hilfsarbeiter mit der Einführung des neuen Tarifs in den Genuss einer Zulage. Leider sind aber auch infolge Unstimmigkeiten von weiteren Sechsmaschinen bereits Kündigungen erfolgt und dürften in Zukunft solche noch zu gewärtigen sein.

Berichtigung.

Unwahr ist in dem Berichte des Ortsvereins Jena in dem „Korrespondent“ vom 13. Januar 1912, daß in der Druckerei in Lichtenhain bei Jena ein Gehilfe (Gutenberghändler) zu untarifmäßigen Bedingungen arbeitet.

Wahr ist, daß der betreffende Gehilfe im väterlichen Geschäft als Sohn tätig war und als solcher demnach in seinem Lohnverhältnisse stand und seit dem 1. April 1911 nach Übernahme des Geschäfts selbständig ist.

G. Hörhold, in Firma: Fr. A. Seifert

Anmerkung der Redaktion: Diese sogenannte Berichtigung bedarf eines kurzen Kommentars. Der pp. Hörhold ist nämlich jetzt Inhaber derselben tarifuntenen Druckerei, in der er de facto als Gehilfe tätig gewesen ist. Zweifellos ist diese doppelte Tarifuntreue eine Herbe für einen Gutenberghändler, was Hörhold heute noch ist.

Der revidierte Deutsche Buchdrucktarif. In Nr. 7 der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ veröffentlichte der Hauptvorstand des Deutschen Buchdruckervereins eine Bekanntmachung, wonach der revidierte Deutsche Buchdrucktarif nunmehr gedruckt vorliegt und in diesen Tagen zum Versand kommt. Jedes Mitglied des Deutschen Buchdruckervereins erhält ein Exemplar unentgeltlich zugefandt. Nichtmitglieder haben dafür 5 M. zu bezahlen. Die Revision des Preistarifs erfolgte auf Beschluß der Stuttgarter Hauptversammlung des Deutschen Buchdruckervereins im Jahre 1910. Sie führte zur Berücksichtigung zahlreicher Wünsche und Verbesserungsvorschläge. Jede einzelne Bestimmung des früheren Preistarifs wurde gründlich auf ihre Durchführbarkeit hin geprüft und alle Einwendungen und Forderungen aus dem Kreise der Buchdruckerbesitzer wie jenen der Auftraggeber, soweit sie als begründet erachtet werden konnten, beachtet. So kam nach langwierigen Verhandlungen und Beratungen ein Tarif zustande, dessen allgemeine Durchführung sich voraussichtlich leichter bewerkstelligen lassen wird, als dies bei seinem Vorgänger möglich war. Diese Hoffnung wird in der angeführten Bekanntmachung damit begründet, daß die zur Durchführung des Preistarifs bestimmten Organe des Deutschen Buchdruckervereins und der Tarifgemeinschaft so reformiert worden sind, um bei zukünftigen Beschwerden über Scheudertpreisangebote, Preisunterbietungen und andre Gewerbebeschwerden rascher und wirksamer erliegen zu können. Während bisher über Beschwerden die Ehren- und Schiedsgerichte des Vereins in erster und zweiter und die Tariforgane (Ehrengerichte und Tarifamt) in letzter Instanz zu entscheiden hatten, sind künftig, nachdem der Hauptvorstand des Deutschen Buchdruckervereins einen Beschluß gefaßt hat, die Ehren- und Schiedsgerichte ausgeschaltet und die Beschwerden direkt bei den Organen der Tarifgemeinschaft anzubringen. In den beiden ersten Instanzen, das sind die Beschwerdebüro in den Kreisvororten und das Zentralbeschwerdebüro in Leipzig, entscheiden nur Prinzipale, in letzter Instanz jedoch das aus Gehilfen und Prinzipalen paritätisch zusammengesezte Tarifamt. Im weiteren soll die allgemeine Durchführung des Preistarifs, den wir unsern Lesern demnach auf andrer Stelle etwas erläutern werden, durch die Herausgabe von „Mittelungen des Berechnungsamts“ besonders gefördert werden. Der Hauptvorstand des Deutschen Buchdruckervereins übergibt den Tarif den Interessenten mit dem Wunsch, es möge gelingen, nicht nur jeden Buchdruckerbesitzer, sondern auch die Auftraggeber der Buchdruckererei zu überzeugen, daß ohne eine Regelung der Preise, wie sie mit Hilfe des Tarifs erreicht werden soll, das Buchdruckgewerbe von den Hemmnissen einer gesunden Fortentwicklung nicht befreit werden kann. Diesem Wunsch schließen wir uns im Interesse der Gehilfenchaft ebenfalls an.

Ferienbewilligungen im Jahre 1911. Im Laufe des vorigen Jahres konnte der „Korr.“ insgesamt über 127 Neubewilligungen von Ferien in deutschen Buchdruckerereien berichten; dazu kamen noch elf Erweiterungen früher schon gemachter Ferien, während die Zahl der zu seiner Kenntnis gekommenen Ferienentziehungen sich erfreulicherweise auf nur vier bezifferte. Nach einer vom Verbandsvorstand Ende 1910 aufgenommenen Ferienstatistik würde sich demnach die Zahl der Buchdruckerereien, in welchen Ferien gewährt werden, auf etwa 1850 mit ungefähre 24000 Gehilfen belaufen. Über ein Drittel der Kollegenchaft befand sich demnach Ende 1911 im Genusse dieser Vergünstigung. Zu bemerken ist dabei jedoch der Umstand, daß viele Prinzipale es nicht wünschen, daß ihr diesbezügliches Entgegenkommen gegenüber ihren Arbeitern in der breiteren Öffentlichkeit bekannt wird. Bei manchen ist dafür persönliche Taftgefühl und bei andern sind gewisse Bedenken wegen möglicherweise daraus entstehender Egoerereien mit Andersgefinnten in ihren Kreisen maßgebend. Aus diesen Gründen, deren wir im Laufe der Jahre gar viele und mannigfaltige kennen lernten, schließen wir auch, daß die tatsächliche Zahl der Ferienbewilligungen der Buchdruckerereien noch wesentlich größer ist als die von uns festgestellte. Und wir hoffen, daß auch in dieser Frage die bewußte sonderbare Definierung des Begriffs von Freu und Glauben durch das Organ des Vereins Deutscher Zeitungsvorleger hinsichtlich der ferneren Aufrechterhaltung bisheriger guter Beziehungen zwischen vielen Unternehmern und Arbeitern im Buchdruckgewerbe bei der diesmaligen Tarifeinführung keinen besonderen Erfolg gehabt hat, und daß wir trotzdem als Fazit des laufenden Jahres wiederum einen wesentlichen Fortschritt in der Ferienfrage im Buchdruckgewerbe werden konstatieren können.

Armeekorpsdruckererei. Die Errichtung von militärischen Buchdruckerereien zur Herstellung der Druckfachen für die einzelnen deutschen Armeekorps scheint, wie wir schon in voriger Nummer kurz mitteilen konnten, auf eine Anregung des preußischen Kriegsministeriums zurückzuführen zu sein. Auch in Danz. wurde eine solche für das 17. Armeekorps errichtet, und zwar in der Hauptkassette ebenfalls wie in Hamburg-Altona zur Herausgabe einer Korpszeitung, deren Abonnementspreis bei wöchentlich einmaligem Erscheinen 8 M. jährlich betragen soll. Wenn nun aber die Buchdrucker der Meinung sein sollten, daß hier einige von den zahlreichen Arbeitslosen in unserm Gewerbe Beschäftigung finden könnten, so irren sie sich gründlich. Denn durch Befehl sind die einzelnen Truppendeile aufgefördert worden, Seher und Drucker oder Schweizerdegen, die bei ihnen dienen, namhaft zu machen. So sollen

Beilage zum Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

50. Jahrg.

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Leipzig, den 27. Januar 1912.

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Nr. 11.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

die den bunten Hof tragenden Buchdrucker gezwungen werden, ihren Kollegen eine Arbeitsgelegenheit zu nehmen; ganz abgesehen davon, daß diese Tätigkeit doch sicherlich nicht zur militärischen Ausbildung gehört. Aber auch die Prinzipale dürften diese Beschaffung der Druckfachen in eigener Regie seitens des 17. Armeekorps mit wenig Freude begrüßen. Zwar sind viele Arbeiten schon bisher auf dem Wege des Steindrucks durch Soldaten angefertigt worden, bei der beabsichtigten Neuerrichtung dürften aber dann wohl alle Arbeiten jenes Korps den Prinzipalen verloren gehen. Letztere erfahren so am eignen Leibe, wie die so oft von ihnen gerühmte und unterstützte Politik der Regierung in der Praxis aussieht. Da sind die Panzerplattenfabrikanten und sonstigen Militärleferanten besser daran.

Gesetzlich berechtigte Verweigerung von Streitarbeit. Das Gewerbegericht in Jahr i. B. wies eine dortige größere lithographische Anstalt mit ihrer Entscheidung gegen 16 ihrer Arbeiter, die im Auftrag ihrer Organisation die Verrichtung von Streitarbeiten ablehnten, kostenpflichtig zurück. Aus der Begründung des Urteils sind nachstehende Gesichtspunkte von allgemeiner Bedeutung. Es wurde berücksichtigt, daß die Beklagten sich in einer Zwangslage befanden und durch die Ausführung der Arbeiten großer Nachteile seitens ihrer Organisation ausgeht gewesen wären. Die Arbeit, um die es sich handelt, wurde als Streitarbeit angesehen, trotzdem der Kläger mit ihr seit Mai 1911 unbedingtenmaßen als einem festen Auftrage rechnete, da eine Ausführung erst am 23. September 1911 aufgegeben wurde und eine Ablieferung erst nach der Aussperrung erfolgen sollte. Dem Kläger waren die Differenzen der beiden Verbände und die Zugehörigkeit der Beklagten zum Gewerksverband bekannt. Sein Verlangen von den Beklagten, die Arbeiten auszuführen, wurde bei dieser Sachlage als gegen die guten Sitten verstoßend angenommen; andererseits wurde die Weigerung der Beklagten in analoger Anwendung des § 228 B.-G.-B. im Falle der Schwebenzuführung als in einem Notstande gesehen bezichtigt. „Kläger hätte damals auch noch rechtzeitig den Auftrag ohne Schadenfolge für sich rückgängig machen können oder durch Kündigung oder sofortige Entlassung das für die Beklagten kleinere Übel wählen müssen, und das an sich dem Kläger zustehende Wahlrecht unter seinen verschiedenen Anspruchsmöglichkeiten wird bei Würdigung der vorliegenden Situation für die Wahl des Schadensanspruchs abgelehnt. Der Arbeitsvertrag der Parteien sei ferner dahin auszulegen, daß seitens des Klägers auf die von den Beklagten nach ihren Standes- und Organisationsanschauungen bestehenden Verpflichtungen Rücksicht zu nehmen ist. Diese Anschauungen sind begründet in dem Solidaritätsgefühl der organisierten Arbeiterschaft und in den Verpflichtungen des einzelnen durch seine Zugehörigkeit zur Organisation; ihre Berücksichtigung führe dazu, die übrigen Verpflichtungen aus dem Dienstvertrage diesen allgemeinen Erwägungen unterzuordnen.“

Vom Druck der sozialen Lasten für die Unternehmer. Schon mehrmals hatten wir Gelegenheit, an der Hand von Ausführungen einsichtiger Unternehmer nachzuweisen, wie ungerechtfertigt und haltlos die Klagen gewisser Unternehmerkreise über eine zu hohe Belastung ihrer Betriebskosten durch die gesetzlichen Beiträge zur Reichsversicherung und sonstige Aufwendungen für Arbeiterschutz sind. Diese Ansicht wurde nun erst kürzlich wieder von einem Tabakgroßhändler, dem Geheimen Kommerzienrat Edmund Schmidt (Altenburg), während der Generalversammlung des Deutschen Tabakvereins in Dresden mit anerkanntem Wert Deutlichkeit vertreten. Dort sagte der Genannte u. a.: „... Jedenfalls ist aber so viel sicher, daß man von einem besonderen Drücken dieser Belastung kaum reden kann, namentlich schon um deswillen, weil, wenn Sie die Summe, die für die soziale Gesetzgebung jetzt gezahlt wird, nicht als Prozentteil des Lohns ansehen, sondern sie einmal umrechnen als Prozentteil Ihres Jahresumsatzes, schließlich nicht mehr als $\frac{1}{2}$ vom Hundert des Jahresumsatzes herauskommt, und zur Kalkulation, zur Aufrechnung auf die betreffenden Fabrikate dreht es sich tatsächlich nur um $\frac{1}{2}$ v. H. Meine Herren, das ist eine so geringe Summe, daß es unbillig und unrichtig wäre, davon ein großes Geschrei zu machen und zu behaupten, daß wir nicht mehr zahlen könnten, wenn unsere Arbeiter in Zukunft erhöhte Vorteile durch weitere Verbesserungsmaßnahmen zugewandt werden sollten. Meine Herren, so wie die Sache in unserer Industrie liegt, liegt sie ja bei weitem in den meisten Industrien in ganz Deutschland. Alle diejenigen Industrien, die ausschließlich im Inland arbeiten, können sich durch diese Beiträge zu der sozialen Gesetzgebung in keiner Weise belastet fühlen. Denn diese Beiträge treffen genau proportional ihre gesamte Konkurrenz; es ist also kein einziger in irgend einer Form bevorzugt.“

Strafrechtsreform und Sozialpolitik. Der Strafrechtslehrer an der Königsberger Universität, Professor Rohlfrausch, hielt vor kurzem in der dortigen Gesellschaft für soziale Reformen einen Vortrag über vorstehendes Thema. Der Referent stellte einen engen Zusammenhang zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie dem Strafrecht fest, indem er u. a. anführte: Es handelt sich nicht darum, das Verbrechen zu bestrafen, sondern auch zu bekämpfen. Diesen Zweck hat das bisherige Strafrecht nicht erreicht. Die Zahl der Kriminellen ist ständig gestiegen, von 1882 bis 1909 von 316000 auf 507000. In dem gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Wiederbestrafungen um 203 Proz. Die Strafe hatte also nicht von der Begehung neuer Straftaten abgehalten. Zu noch größeren Besorgnissen gibt die Zahl der jugendlichen Kriminellen von 12 bis 18 Jahren Anlaß. Im Jahre 1882 gab es 30719 Bestrafte, 1909 schon 49689, also 62 Proz. mehr. Dabei sind seit 1900 die Fürsorgegesetze in Kraft, nach denen jährlich 6000 Jugendliche in Fürsorgeerziehung genommen werden; ein Teil davon wäre gewiß außerhalb der Fürsorgeerziehung straffällig geworden. Dabei nimmt die Zahl der vorbestraften Jugendlichen zu, von 1889 bis 1909 um 60 Proz. Zweifellos würden auf diese Verhältnisse Maßnahmen der Sozialpolitik ungeheuer wirken. Eine bessere Wohnungspolitik würde auf die Sittlichkeitsverbrechen drücken und eine Verbilligung der Lebensmittel auf die Diebstahlsdelikte. Der Zusammenhang zwischen Getreidepreisen und Kriminalität, der vielfach bestritten worden ist, ist einwandfrei nachgewiesen.

Stempelspflicht der Fortbildungsschulzeugnisse. Bisher wurde eine Stempelspflicht der an Fortbildungsschüler erteilten Zeugnisse nicht angenommen, da die allgemeine Auffassung dahin ging, daß es sich bei Ausstellung dieser Zeugnisse um eine im öffentlichen Interesse für treffende staatliche Maßnahme handele. Dieser Auffassung ist jedoch das Reichsgericht in einer neueren Entscheidung nicht beigetreten. Es stellte vielmehr einen Unterschied fest zwischen der allgemeinen sowie im öffentlichen Interesse getroffenen staatlichen Anordnung der Ausstellung der Zeugnisse mit der Benutzung dieser Einrichtung im Einzelfalle. Die im Allgemeininteresse erfolgte Anordnung habe nur Geltung für die Einrichtung als solche, während die Benutzung der Einrichtung im einzelnen Falle lediglich den Schüler berühre, der ja auch durch die Ausstellung des Zeugnisses gewisse Vorteile erlange. Da somit lediglich ein Privatinteresse vorliege, so rechtfertige sich auch die Anwendung des Stempelsteuergesetzes. Somit werden in Zukunft die Prüfungszeugnisse der gewerblichen Fortbildungsschulen als stempelspflichtig behandelt und mit einer Stempelgebühr von 3 Mk. belegt. Stempelpflicht bleiben neben den Klassenzeugnissen nur diejenigen Abgangszeugnisse, die bei dem Übergang eines Schülers von der einen zur anderen Lehranstalt auszustellen sind, da die Ausstellung dieser Zeugnisse im Schulinteresse aus Gründen des inneren Schulbetriebes erfolgt.

Gestorben.

In Apenrade am 23. Januar der Seher August Wifin, 39 Jahre alt.
In Bamberg am 18. Januar der Korrektor Georg Raab, 53 Jahre alt.
In Berlin am 10. Januar der Seher Richard Seidel von dort, 52 Jahre alt — Darmleiden; am 14. Januar der Seher Gustav Folger von dort, 53 Jahre alt — Lungenschwindsucht; am 15. Januar der Seher Gustav Händel von dort, 69 Jahre alt — Herzschwäche; am 18. Januar der Drucker Albert Meißner aus Pörsitz, 58 Jahre alt — Schlaganfall; am 21. Januar der Seher Paul Rißler von dort, 39 Jahre alt — Schlaganfall.
In Döbeln am 19. Januar der Buchdrucker Paul Nährlein aus Artern, 37 Jahre alt.
In Freiberg i. S. am 18. Januar der Seher Paul Wiedemann, 35 Jahre alt — Lungenentzündung.
In Greifswald am 23. Januar der Seher Richard Schüb aus Sangerhausen, 21 Jahre alt.
In Grünberg i. Schl. am 20. Januar der Seher Karl Mischinsky, 57 Jahre alt.
In Gützkow am 17. Januar der Buchdruckerbesitzer Bernhard Lange, 66 Jahre alt — Schlaganfall.
In Hamburg am 21. Januar der Seher Albert Herrmann aus München, 44 Jahre alt — Magenkrebs.
In Karlsruhe am 19. Januar der Seher Friedrich Grau aus Schw.-Hall, 21 Jahre alt.
In Köln am 17. Januar der Seher Adam Brigiuss von dort, 22 Jahre alt.
In Leipzig am 20. Januar der Seher Franz Andra von dort, 59 Jahre alt — Nephritis.
In München am 16. Januar der Seherinvalide Joseph Graf aus Ochhausen, 42 Jahre alt; am 19. Januar der Seher Max Stromereder aus Jüngolstadt, 29 Jahre alt — Blutvergiftung.

In Offenbach a. M. am 29. Dezember v. J. der Seher Anton Glöck aus Mülheim, 46 Jahre alt; am 8. Januar der Seherinvalide Georg Weßmann von dort, 33 Jahre alt.

In Pörsitz am 15. Januar der Invalide C. Schwan, 77 Jahre alt; am 22. Januar der Buchdruckerinvalide Friedrich Wittenburg, 83 Jahre alt.

In Wilshofen am 6. Januar der Seher Albert Kreipl von dort, 27 $\frac{1}{2}$ Jahre alt.

In Wöllkingen a. Saar am 18. Januar der Buchdruckerbesitzer C. F. Schur, 75 Jahre alt.

Briefkasten.

M—r in Berlin: Nun, im neuen Jahr und unter neuen Schriftführern, wollen wir doch aber mit dem alten Berliner Brauche brechen, d. h. mit dem Strafporto Schluß machen. — E. F. in Breslau: Diese Gedanken entsprechen vollständig dem, was in der nächsten Woche in den Artikeln „Die neue Tarifperiode“ gesagt werden soll. Gruß! — H. R. in Ullrichsburg: In den Nummern 16, 19, 21 und 22 vom Jahre 1910 finden Sie die notwendigen Unterlagen. Im übrigen scheint die in Frage kommende Maschinenfabrik mehr Wert auf das im Jahre 1917 fällige hundertjährige Bestehen ihrer Firma zu legen und somit weniger Interesse für andre Ehrungen ihres Gründers zu haben. Aber es ist Aussicht vorhanden, mit der im Jahre 1914 in Leipzig geplante Internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik eine entsprechende Würdigung der hundertjährigen Wiederkehr des Tags, an welchem das erste Produkt der „Dampfschnelldruckerei“ in die Öffentlichkeit kam, zu verbinden. Sonst herrscht über allen Wipfeln Ruhe. — U. St. in Neumünster: 1. Wien VII, Seibengasse 17. 2. Jahresanpreis für dreifachpaltene Nonpareilzeile 20 Heller; für Mitglieder gegenseitiger Vereine kostenloser Zusatz bis zu acht Zeilen 1 Krone. — W. N. in Leipzig: Geschichte der Seymaschine und ihre Entwicklung bis auf die heutige Zeit. Von Karl Herrmann. Mit vielen Illustrationen. (Die Systeme sämtlicher existierender Seymaschinen und deren Technik.) Preis 1,80 Mk. Zu beziehen durch R. Siegl, München SO 7. — Nach Verlastet: Das Programm zur Kaisergeburtstagsfeier des Eisenbahnvereins Wengeroth und Umgebung aus der „Buchdruckerei“ von Wilhelm Knopp in Wittlich grenzt allerdings beinahe an Majestätsbeleidigung. Denn ein solches Pfluschwort ist uns tatsächlich schon seit Jahren nicht mehr zu Gesicht gekommen. Hauptlich das Bildnis auf der Vorderseite ist einfach zum Austragen. Das ist kein Buchdruck mehr, sondern traurige Kladdelei, für die jeder Pfennig als zum Fenster hinausgeworfen anzusehen ist. — U. 100: Selbstverständlich steht Ihnen das Recht zu, sich von der unteren Verwaltungsbehörde die weitere Anleitungsbescheinigung erteilen zu lassen. Ohne weiteres fällt Ihnen diese Bescheinigung nicht zu. — H. G. in Uckermarken: „Verlang des Buchdruckers in Fragen und Antworten.“ Serie I: Der Seher. Serie II: Der Drucker. Geb. je 2,50 Mk. Zu beziehen durch R. Siegl, München SO 7. — U. G. in Straßburg: „Das Ladengeschäft des Buchdruckers.“ Wöchentliche Beilage zur „Buchdruckerei-Woche.“ — E. M. in Berlin: Bericht erforderte Strafpunkte. — Nach Hannover: Gefährlicher Fälscher betreffend in nächster Nummer, diesmal nicht mehr unterzubringen. — Nach Görlitz: Da ist doch nichts zu berichten, die Tatfrage stimmt doch. Der betreffende Kollege hat wohl Angst vor seiner eignen Courage bekommen? — Z-e in Leipzig: Wegen Raummangel wiederum zurückstellen müssen. Wird nun wohl vor Nr. 14 nichts werden. — W. G.: 2,30 Mk. — D. R. in Freiberg: 1,85 Mk. — W. R. in Dresden: 3,95 Mk. — W. R. in Pörsitz: 3,05 Mk. — F. G. in Greifswald: 2,15 Mk.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau Berlin SW 29, Mariendorfer Straße 13 L. Fernsprechamt Kurierstr. Nr. 1191.

Gau Mecklenburg-Vorpommern. Die Herren Ortsvereinsvorsitzenden werden ersucht, die Jahresberichte bis zum 15. Februar an R. Dahmke in Schwerin, Mühlstr. 10 I, einzusenden.

Bezirk Bromberg. Die Mitgliedschaftsvorstände bzw. Einzelmitglieder des Bezirks werden ersucht, bis zum 1. Februar d. J. den Jahresbericht und einen diesbezüglichen Situationsbericht über die Einführung des neuen Tarifs einzusenden.

Hannover. Das Buch des Druckers Oskar Gebauer (Hauptbuchnummer 85822) liegt auf hiesigem Bureau.

Ferner wird um Angabe der Adresse des Seigers Fritz Strjewski (Hauptbuchnummer 88740) gebeten.

Adressenveränderungen.

Malen. Vorsitzender: Adolf Holzinger, Hirschbachstraße 43 II.
Aue im Erzgebirge. Vorsitzender: Oskar Böbisch, Wettinerstraße 92 III; Kassierer: Wilhelm Eisenreich, Reichstraße 42.
Brieg. Vorsitzender: Paul Maier, Oberstraße 1; Kassierer: Karl Beer, Bahnhofstraße 17.
Erlangen. Vorsitzender: Julius Gerber, Mittlere Deutaustraße 40 II.
Gerne. Kassierer: Max Buchmüller, Mont Tennisstraße 22 II.
Karlruhe (Maschinenfabrikvereinigung des Bezirks Karlruhe). Vorsitzender: F. Seemann, Schützenstraße 38; Kassierer: Hermann Lang, Herrenstraße 60, Hof III.
Menden-Gemer. Vorsitzender: Karl Schulz, Menden, Gartenstraße 27; Kassierer: Hubert Volter, Menden, Neumarkt 8.
Mülheim (Ruhr). Kassierer: Anton Kaiser, Hagborn 12.
Neubabelsberg. Kassierer: Hermann Babel, Nowawes, Turnstraße 5.
Neuwied a. Rh. Vorsitzender: Peter Wirtgen, Dierdorfer Straße 31.
Oberhausen. Kassierer: Heinrich Binz, Lothringersstraße 153 I.
Pasfah. Vorsitzender: Julius Mistele, Kaiserstraße 63 II (Eingang Engelstraße).
Mathenow. Vorsitzender: Franz Marler, Jägerstraße 21; Kassierer: Karl Sacher, Rhinower Straße 35.
Schwinfurt. Vorsitzender: Albert Beck, Cranierstraße 13.

Sonneberg (S.M.). Vorsitzender: Otto Stein, Sonneberg-Derlind (S.M.).
Wald (Rhld.). Vorsitzender: Oskar Frömbsdorff, Kaiserstraße 190.
Werdau. Vorsitzender: Hans Eisen, Ziegelstraße 23; Kassierer: Paul Junge, Holzstraße 20 II.

Zur **Aufnahme** haben sich gemeldet (Einwendungen und innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigestellte Adresse zu richten):

In **Vollenhain i. Schl.** der Schweizerdegen Albert Kretschmar, geb. in Königstein a. G. 1891, ausgl. das. 1909; war noch nicht Mitglied. — M. Schipke in Hirschberg i. Schl., Straußpfer Straße 24 I.
 In **Kassel** der Seiger August Wald, geb. in Rotterdam (Holland) 1883, ausgl. in Ueberrach a. Rh. 1901; war schon Mitglied. — In **Welfungen** der Schweizerdegen Alfred Romanowski, geb. in Labiau (Ostpreußen) 1886, ausgl. das. 1905; war schon Mitglied. — Konrad Engelbach in Kassel, Wildemannsgasse 44 II.
 In **Krossen** a. Ober 1. der Faktor Georg Wegner, geb. in Krossen 1862, ausgl. das. 1880; war noch nicht Mitglied; 2. der Seiger Georg Weigelt, geb. in Krossen 1876, ausgl. das. 1889; war schon Mitglied. — In **Landsberg a. W.** der Seiger Martin Hoffmann, geb. in Köpenick 1891, ausgl. in Berlin 1908; war schon Mitglied. — Otto Müller in Frankfurt a. O., Oberstraße 5 II.

Veranstaltungskalender.

Augsburg. Generalversammlung Sonntag, den 23. Januar, nachmittags 9 1/2 Uhr, im „Café Magistral“ (i. Stot.).
Berlin. Korrespondenzversammlung Sonntag, den 4. Februar, abends 7 Uhr, im „Graphischen Vereinshaus“.
Dortmund. Bezirksversammlung Sonntag, den 11. Februar, in Dortmund. Beiträge bis 2. Februar an den Vorsitzenden.

Duisburg. Bezirksversammlung Sonntag, den 18. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, in Marloff, „Zentralautomat“ (oberer Saal). Beiträge bis 19. Februar an den Vorsitzenden.
Eintracht. Generalversammlung Sonntag, den 23. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr, im Vereinslokal, Fiedler Straße 1.
Gera. Bezirksversammlung Sonntag, den 4. Februar, vormittags pünktlich 9 1/2 Uhr, im Vereinslokal.
Gröblich. Maschinenfabrikvereinigung Sonntag, den 23. Januar, vormittags 10 Uhr, im Vereinslokal.
Heilbronn. Generalversammlung Samstag, den 3. Februar, abends 8 Uhr, im Festsaal des Gasthofs „Zur Rose“.
Hildesheim. Generalversammlung Montag, den 29. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.
Hirschberg i. Schl. Maschinenfabrikvereinigung Sonntag, den 4. Februar, vormittags 9 1/2 Uhr, in der „Stadtbrauerei“.
Kannstatt. Generalversammlung heute Samstag, den 23. Januar, abends 7 Uhr, im Lokal „Zum Güterbahnhof“.
Krefeld. Bezirksversammlung Sonntag, den 4. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, in der „Stadtalle“.
Magdeburg. Stereotypen- und Galvanoplastikvereinigung Sonntag (Car. in der Saale) Sonntag, den 4. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr, in der „Reichshalle“, Kaiserstraße 19.
Münster. Bezirksversammlung Samstag, den 3. Februar, abends 9 Uhr, im Vereinslokal Maderbrock.
Nürnberg. Bezirksversammlung Sonntag, den 11. Februar, in Münster. Beiträge bis 4. Februar an den Vorsitzenden.
Reiße. Bezirksversammlung Samstag, den 3. Februar, abends 8 Uhr, im Schöns Restaurant, Wilschstraße 66.
Stuttgart. Maschinenfabrikvereinigung Sonntag, den 23. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.
Suffenhofen. Generalversammlung heute Samstag, den 27. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Zur Rose“.

Tariffamt der Deutschen Buchdrucker.
 Berlin SW 48, Friedrichstraße 230.
 Briefadresse: S. 6. des Geschäftsführers Herrn Paul Schliets.
Tariffschiedsgericht Mauen.
 Es wird um Angabe der Stellung des Maschinenmeisters Franz Pessel aus Neuhausleben, bis 11. Januar in Vorgau, vorher in Werbau in Stellung gewesen, gebeten.
 Gustav Lange, Karlstraße 6.

Buchdrucker-Verein in Hamburg-Altona.

Montag, den 20. Januar, abends 9 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Besenbinderhof.

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen; 2. Gatten wir nach Einführung der Luftbauteilnehmer noch eine Diermatinee ab?; 3. Tarifangelegenheiten; 4. Kartellbericht. Zahlreicher Besuch erwartet.
 Der Vorstand.

Maschinenfabrikvereinigung im Gau Dresden.

Sonntag, den 4. Februar, nachmittags 2 Uhr, in Adams Restaurant, Raulbachstraße 16.

Generalversammlung.

Auswärtige erhalten Fahrgeldentschädigung vierter Klasse. — Zu pünktlichem und zahlreichem Besuche ladet ein
 Der Vorstand. [601]

Erstklassige Katalogdruckerei sucht für feinsten Druck (speziell Auto- und Farbendruck) einen durchaus perfekten selbständigen Maschinenmeister in dauernde Stellung. Dislokation zugesichert.

Ausführliche Angebote unter „Perfekt 604“ an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

In alte, konkurrenzlose
Druckerei

kann tüchtiger Buchdrucker eintreten. Werte Offerten unter Z. 5127 an die Annoncenexp. „Anwaltdenker“, Berlin W. 8. [598]

Ein Herr an jedem Orte gesucht zwecks Übernahme einer Vertretung. Hoher Verdienst. Ansuchen kostenlos. [578]
 Hermann Wolf, Rüdiger (Sachl.), Nordstraße 30.

Tüchtiger Komplettmaschinengießer für große Regel sowie **tüchtiger Fertigmacher** in dauernde Stellung gesucht. Schriftliche Offerte F. A. Brüdners, Leipzig. [607]

Tüchtige Sustrierer gesucht. Schriftliche Offerte D. Stempel, Frankfurt a. M. [565]

Hamburg. Tüchtiger Seiger, verheiratet, sucht Stellung. Werte Off. unter „Herrmann“ postl. Lagernd Hamburg 25. [199]

Magenkranke
 ebenso mit Stuhlverstopfung, Hämorrhoiden usw. Befahete erhalten von mir gerne kostenlos Auskunft, wie zahlreiche Personen von diesen lästigen Leiden befreit worden sind.
Krankenschwester Marie Wiesbaden A. 155
 Nikolaistraße 6.

Zeilenmaß mit sämtlichen Einstellungen 20 Pf. S. Freig, Frankfurt W., Wölgelstr. 25.

X- u. O-Beine

verdeckt, „Verbess. Triumph“, elegant, bequem, unzufällig. Keine Polster. Maße nicht nötig, da verstellb. Ang. ob X- od. O-Beine. Preis 4.— Nachd. Ad. Benoko, Hannover, Postf. 293.

Im Januar 1912 beginnen die „Typographischen Jahrbücher“ für alle Kollegen einen **Kursus im Schriftschreiben**, an welchem sich die Abonnenten der „Typographischen Jahrbücher“ 1912 kostenlos beteiligen können. Diesem Kursus schließt sich, mit April dieses Jahres beginnend, ein **Fernkursus im Zettern und Entwerfen** an, welcher ebenfalls für Abonnenten kostenlos ist. Weiter bringt der neue Jahrgang der Typogr. Jahrb.

Liniertechniken für Akzidenzsetzer, welche von Herrn Alfred Wendler in Braunschweig entworfen, dem denkenden Akzidenzsetzer ergebigen Stoff für originelle Arbeit bieten.
 Anmeldungen zu den Kursen und Abonnements-Bestellungen auf die „Typographischen Jahrbücher“ nehmen alle Buchhandlungen, die Vertrauensmänner der Druckerei, sowie der Verlag der Typographischen Jahrbücher, Leipzig, entgegen.

Hannoverscher Maschinenfabrikverein.

Sechste ordentliche Generalversammlung

Sonntag, den 28. Januar, im „Preussischen Hof“, Damms 26/27, in Braunschweig.

Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und der Bezirksvereine; 2. Abrechnung; 3. „Der neue Tarif und die Maschinenfabrik“, Referent Kollege Duid (Berlin); 4. „Organisation“, Referent Kollege Viehweger; 5. Allgemeine Anträge; 6. Statutenänderung; 7. Verschiedenes. [600]

Wenn wir Sie sprechen könnten
 würden wir Sie sicher davon überzeugen, dass Sie durch direkten Bezug aus unserer Fabrik in Anzugstoffen, Paletotstoffen, Hosentstoffen, Westenstoffen, Damentuchen etc. unbedingte Vorteile haben. Spezialität: Erstklassige Neuheiten in besser. Qualität zu allerbilligst. Preis. Verlang. Sie durch Postkarte Must. wir senden dieselb. sofort franko ohne Kaufwang.
Lehmann & Assmy, Spremberg L. 14
 Grösste u. älteste Tuchfabrik Deutschlands dies. Art. [554]

Meinel & Herold
 Harmonikafabrik
 Musikinstrumenten-Versand
 Klingenthal (Sachl.) 449.
 (Hef. mit voll. Garant. Harmonikas in Mk. 20 vertrieben. Fr. Sittens von Mk. 8.50. Gitarren von Mk. 5.50. Geigen v. Mk. 4.— an. Dreijörg, Musikk. Klambarmen, Cantonens. Orsinat. etc.)
 Aufträge v. M. 10.— an innerhalb Deutschland porto frei.
 Katalog an Jedermann frei.

V. d. D. B. „Gutenberg“, Zigarrenversand. Goch. (holl. Grenze). Koll. W. Boomers. Druckereivertr. ges.

Am 23. Januar verschied nach kurzer Krankheit unser langjähriger Vereins-kassierer, der Setzer
August Wisin
 im 39. Lebensjahre. Er war uns allzeit ein treues, eifriges Vorstandsmitglied. Ehre seinem Andenken!
 Ortsverein Typographia (V. d. D. B.) Apenrade i. Schleswig. [606]

Die Gründung eines **Ortsvereins** zeigt hiermit an [603]
 Die Mitgliedschaft **Hüterberg**.

Am 18. Januar verschied infolge Lungenentzündung unser lieber Kollege, der Setzer
Paul Wiedemann
 im 85. Lebensjahre. Sein Andenken wird in Ehren halten [597].
 Die Mitgliedschaft **Freiberg**.

Nach kurzer, schwerer Krankheit ent-schied am 23. Januar in der Königl. Un-versitätsklinik unser lieber Kollege, der Schriftsetzer [605]
Richard Schütz
 aus Sangorhausen, im 21. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Der Ortsverein Großwald (V. d. D. B.).

Todesanzeige.
 Am 19. Januar verstarb im jugendlichen Alter von 21 Jahren nach langem, schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Setzer
Friedrich Grau
 aus Schwäbisch-Hall. [596]
 Ein ehrendes Andenken wird ihm stets bewahren.
 Der Ortsverein **Karlsruhe**.

Nachruf!
 Am 22. Januar verschied nach kurzer Krankheitslager unser Kollege, der Invalide
Friedrich Wittenburg
 im 63. Lebensjahre. [602]
 Wir verlieren in dem Entschlafenen den Mitbegründer unseres Ortsvereins und einen Kollegen, der auch in schweren Zeiten trau zur Fahne gehalten hat, weshalb wir ihm auch über das Grab hinaus ein dauerndes Andenken bewahren werden.
 Rostock, 21. Januar 1912.
 Mitgliedschaft **Rostock**.